

## **„Jedes Kind und jede/r Jugendliche, das/der von Mobbing / Cyberbullying betroffen ist, ist eine Person zu viel!“**

Monika Hirsch-Sprätz

Die Zeiten, wo Wissenschaftler\_innen, Schulpsycholog\_innen, Mobbingberater\_innen, Streitschlichter\_innen, Erzieher\_innen, Sozialarbeiter\_innen, Mediator\_innen, Theaterpädagog\_innen, Polizeipräventionsbeauftragte, engagierte Lehrer\_innen und weitere Akteure an der Basis viele Jahre versuchten, alleine das Mobbingphänomen an Schulen aufzufangen, ist vorbei!

Gefragt sind nun Politik/Parteien, der Bund, die Länder, die Kultusministerien, die zuständigen Senatsverwaltungen, Kommunen, Schulämter, Schulaufsichten, Schulleitungen, Lehrer\_innen, Anwälte, Justiz und Staatsanwälte, top down, in ihren Bereichen für dieses gesellschaftliche und krankmachende Phänomen „Mobbing / Cyberbullying“ Verantwortung zu übernehmen und dies als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.

Es ist höchste Zeit für einen Wandel!

### **POSITIONSPAPIER**

- Wir fordern, dass die **Politik/Parteien** ihren Widerstand gegen eine Mobbing-Gesetzgebung in Deutschland aufgeben und diese für Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf den Weg bringen. Für Kinder/Jugendliche muss der Anspruch auf Schutz und Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind, in konkrete Handlungen umgesetzt werden, so wie es auch das UN-Übereinkommen für die Rechte des Kindes und die EU-Grundrechtecharta vorsieht.
- Wir fordern, dass der **Bund** den Ländern ausreichend Gelder zur Gewaltprävention, für Anti-Mobbing-Trainings zur Verfügung stellt und dies als Bildungsauftrag versteht.
- Wir fordern, dass die **Länder** in ihren jeweiligen Schulgesetzen Anti-Gewalt- und Anti-Mobbing-Klauseln aufnehmen, die für Schulleitungen, Lehrer\_innen und Schüler\_innen gleichzeitig gelten. Die Lehrer\_innen-Ausbildungen und die Lehrpläne der Schulen müssen diese Themen standardisiert aufgreifen.
- Wir fordern, dass die **Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie** Präventionsschulungen gegen Gewalt, Mobbing und sexuelle Belästigung in der Lehrer\_innen-Ausbildung und Weiterbildung zur Pflicht macht, ebenso psychosoziale Themen von Kindern/Jugendlichen, wie auch die Einweisung in klar strukturierte Konfliktmanagementverfahren (sKMV) an den Schulen.

- Wir fordern,  
dass in den **Schulordnungen oder Schulsatzungen** ein „Codex für Partnerschaftlichen Umgang und Fair Play“ aufgenommen wird, mit klarer Auflistung von Konsequenzen bei Zuwiderhandlung durch jegliche körperliche oder seelische Gewalt, Mobbing oder sexuelle Belästigung.

- Wir fordern,  
dass sich **Schulleitungen und Lehrer\_innen** mit dem psychischen und körperlichen Leid von Schüler\_innen in Mobbingfällen auseinandersetzen, sich den Situationen stellen und im Sinne der Betroffenen sofort über Notfallpläne handeln, wie auch die notwendige Unterstützung durch Eltern und interne wie externe professionelle Akteure als selbstverständlich erachten und hinzuziehen!

- Wir fordern,  
dass sich **Anwälte/Richter und Staatsanwälte** mit der Straffälligkeit bei Mobbing / Cyberbullying i.V. mit psychischer, körperlicher und medialer Gewalt auch unter dem Aspekt der Körperverletzung befassen und unter Zuhilfenahme von ärztlichen, psychologischen und professionellen Berater\_innen-Gutachten vertiefend auseinandersetzen, anstatt von Strafanzeigen abzuraten oder Strafverfahren einzustellen, was letztlich nur dem Täterschutz dient.

Unser Grundgesetz sagt dazu:

**Artikel 1.1 GG:**

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

**Artikel 2.2 GG:**

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.  
Damit auch Kinder und Jugendliche!

Ein Verstoß gegen das *Recht auf die Würde der Persönlichkeit* und der Verstoß gegen das *Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit* gilt auch für Kinder und Jugendliche und stellt einen verfassungsrechtlichen, ggf. strafrechtlichen Verstoß dar, ebenso wie unterlassene Hilfeleistung durch die zum Schutz Verpflichteten!

*Ein erster Schritt könnte ein länderübergreifender diverser Runder Tisch sein, mit Akteuren, wie zu Beginn des Positionspapiers erwähnt, einschl. Eltern und Schüler\_innen.*

*Monika Hirsch-Sprätz*

Monika Hirsch-Sprätz  
Netzwerk Mobbingberatung Berlin-Brandenburg

Berlin, 28.02.2019